

Betreff:

Stellungnahme der Landeshauptstadt Wiesbaden zum Entwurf einer neuen
Landschaftsschutzgebietsverordnung
Dringlichkeitsantrag der SPD-Stadtverordnetenfraktion vom 26.11.2009

Antragstext:

Laut Bericht des Magistrats wurde die Landeshauptstadt Wiesbaden aufgefordert, zu dem Entwurf über die Verordnung zum Landschaftsschutzgebiet des Regierungspräsidiums Darmstadt (RP) eine Stellungnahme abzugeben. Nachdem ein erster Abgabetermin nicht eingehalten werden konnte, erhielt die Stadt laut Magistrat eine Fristverlängerung, diese dem Vernehmen nach bis zum 20.11.2009.

Der Ausschuss für Umwelt und Sauberkeit hat am 1.9.2009 einstimmig beschlossen:

Der Ausschuss stellt fest, dass die Festlegung des Landschaftsschutzgebietes für die Landeshauptstadt Wiesbaden eine wichtige Funktion für den Schutz von Feld, Wald und Flur darstellt und die Proklamation eines solchen Gebietes in jedem Fall der Imagepflege einer grünen Stadt dient und damit belegt, dass Umweltschutz und -pflege für die hessische Landeshauptstadt kein Lippenbekenntnis ist. Der Ausschuss fordert daher den Magistrat auf, dringend tätig zu werden und alles in seiner Macht stehende zu tun, die Einführung des Landschaftsschutzgebietes zu beschleunigen.

In dieser Sitzung wurde seitens des Magistrats zugesagt, dass spätestens zum nächsten Sitzungszug in den Gremien die besagte Stellungnahme diskutiert werden solle.

Die Stadtverordnetenversammlung möge beschließen:

Der Magistrat wird gebeten zu berichten:

- warum er den parlamentarischen Gremien bisher keine Stellungnahme zur Landschaftsschutzgebietsverordnung des RP vorgelegt hat;
- wann er diese Stellungnahme, die dem Vernehmen nach am 20.11.2009 beim Regierungspräsidium eingereicht werden muss, den städtischen Gremien zur Abstimmung vorzulegen gedenkt;
- ob er die Stellungnahme fristgerecht beim Regierungspräsidium einreichen wird.

Wiesbaden, 19.11.2009

gez.

f. d. R.

Axel Imholz
Fraktionsvorsitzender

F.d.R. Marc Paffenholz
Fraktionsgeschäftsführer